

Landtagsinfo vom 07.10.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

am 5.10. hatte ich Naturschützer*innen und Landwirt*innen nach Großsachsen zum „Runden Tisch Artenschutz“ eingeladen. Ich glaube, dass dies mit knapp 50 Teilnehmenden eine gelungene Veranstaltung war. 2, 5 Stunden wurde engagiert über Pro und Contra des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ diskutiert. Seitens des Naturschutzes wurde verdeutlicht, dass der rasante Artenschwund endlich mit durchgreifenden Maßnahmen gestoppt werden muss. Seitens der Landwirtschaft wurden Bedenken und Ängste ausgesprochen, insbesondere in Schutzgebieten nicht mehr produzieren zu können. Wir werden uns demnächst in einer 2. Runde wieder treffen.

In der Landespolitik ist nach beinharten Verhandlungen der Haushaltsentwurf 2020/21 unter Dach und Fach. Einen Bericht könnt Ihr hier lesen.

Beim Blick über den Tellerrand freuen wir uns über den großartigen Wahlerfolg der Grünen in Österreich! Mit dem besten Wahlergebnis aller Zeiten sind sie Grünen zurück im Nationalrat. Ich freue mich, viele von Euch bei der kommenden Kreisversammlung am 24.10. zu sehen.

Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen,
Euer Uli

Aus der Landespolitik

Neuer Bericht Weltklimarat

Der Weltklimarat (IPCC) veröffentlichte vor wenigen Tagen einen Sonderbericht. Darin wird untersucht, wie sich der Klimawandel auf die Weltmeere und die gefrorenen Teile der Erde auswirkt. Das Ergebnis: Der Klimawandel hat dramatische Folgen.

Die Ergebnisse des Reports sind niederschmetternd. Da sich der globale Ozean heute schon um drei bis vier Grad erwärmt hat, drohen die Meeresspiegel langfristig um 84 cm anzusteigen. Selbst wenn der Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzt werden könnte, hätte das zu Folge, dass im nächsten Jahrhundert rund 280 Millionen Menschen von Überflutungen betroffen wären.

In den niedrig gelegenen Küstenregionen leben insgesamt rund 10 Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Klar ist, dass der durchschnittliche globale Meeresspiegel ansteigt. Zum einen, weil die Eisflächen abtauen, zum anderen, weil sich die Ozeane aufgrund des Temperaturanstiegs ausdehnen. Die Erwärmung sorgt auch für weniger Sauerstoff in den Meeren, wovon Korallen stark betroffen sind, die wiederum überlebenswichtig für das Ökosystem sind.

Das Eis auf unserem Planeten taut

Das IPCC rechnet außerdem damit, dass in Zukunft zwischen 30 und 99 Prozent der Permafrostböden schmelzen werden. Das hat zur Folge, dass noch mehr Treibhausgase, namentlich CO₂ und Methan, freigesetzt werden.

Etwa 10 Prozent der Landfläche der Erde sind von Gletschern oder Eisschilden bedeckt. Laut des Berichts droht niedriggelegenen Gletschern ein Masseverlust von mehr als 80 Prozent. Das können wir in den europäischen Mittelgebirgen schon seit Jahren beobachten. Alle fünf deutschen Alpen-Gletscher haben sich über die vergangenen Jahrzehnte massiv zurückgezogen. Ich sage in aller gebotenen Deutlichkeit: Wer diese wissenschaftlichen Erkenntnisse leugnet und dies zur Grundlage seiner Politik erhebt, offenbart sich als in höchstem Maße verantwortungslos und bösartig.

Der Weltklimarat ist eine Institution der Vereinten Nationen. In seinem Auftrag tragen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit den aktuellen Stand der Klimaforschung zusammen und bewerten anhand anerkannter Veröffentlichungen den jeweils neuesten Kenntnisstand zum Klimawandel. Die Hauptaussagen des Berichts findet ihr auf Deutsch auf der Seite https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_SROCC.pdf

Haushaltentwurf 2020/21 der Regierung steht

Baden-Württemberg hat als Wirtschaftsmotor in der Europäischen Union und als exzellenter Forschungsstandort ausgezeichnete Zukunftsperspektiven. Wir müssen diese Substanz unseres Wohlstandes pflegen und erneuern, sonst verschleißt sie. Dafür setzen wir im kommenden Doppelhaushalt wichtige Impulse und entwickeln die schwarze Null Stück für Stück in eine grüne Null weiter.

Wir investieren in Klimaschutz

Wir verankern im Doppelhaushalt 2020/2021 ein ressortübergreifendes Klimaschutzpaket. Die Landesgebäude werden klimaefizient modernisiert und saniert. Wir machen dabei nicht bei den Landesgebäuden halt: Wir unterstützen Unternehmen dabei, ihre Gebäude energieeffizient umzubauen.

Investiert wird außerdem in eine klimafreundliche und stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtete Forstwirtschaft. Die Holzbauoffensive des Landes wird weitergeführt und mit 4 Millionen Euro legen wir ein Extra-Programm für die Bekämpfung des Klimawandels in Land- und Forstwirtschaft auf.

Die Mittel für den Naturschutz werden fast verdreifacht. Hierfür stehen 2020 1,6 Millionen Euro und ab 2021 4,45 Millionen Euro zusätzlich an strukturellen Mitteln bereit.

An unseren Hochschulen finanzieren wir Labore für die Mobilität von morgen. Mit 100 Millionen Euro tragen wir unseren Teil für ein innovatives Batterienetzwerk in Süddeutschland bei. An der Uni Hohenheim richten wir ein Kompetenzzentrum zum Thema biologische Vielfalt ein.

Wir bauen die Radschnellwege weiter aus und die Landesinitiative Elektromobilität wird dauerhaft gefördert. Wir fördern den Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur. Im ländlichen Raum unterstützen wir On-Demand-Angebote, wie Carsharing, Sammeltaxis oder Leihfahrräder, die einen Stundentakt 5-24 Uhr ermöglichen. Die Kommunen unterstützen wir kräftig beim Ausbau der S-Bahn- und Stadtbahnverbindungen mit einer höheren Ko-Finanzierung und mit zusätzlichen Metropolexpresszügen.

Wir investieren in Köpfe

Wir bauen den Informatikunterricht und die Ganztagesangebote im Land aus und stärken die Schulleitungen. Mehr Geld erhalten auch die Hochschulen. Denn ich bin überzeugt: Ein starker Bildungs- und Wissenschaftsstandort zahlt sich doppelt aus - als Innovationslabor und Qualifikationsort unserer zukünftigen Fachkräfte.

Wir investieren in Zusammenhalt

Wir führen die Integrationspartnerschaft mit den Kommunen weiter und sichern die wichtige Arbeit der Integrationsmanagerinnen und -managern. Pro Jahr fördern wir den sozialen Wohnungsbau weiterhin mit 250 Millionen Euro – trotz reduzierter Bundesförderung. Zusätzlich legen wir ein Förderprogramm für das Wohnen für Menschen mit Behinderung in Höhe von 12 Millionen Euro auf. An unseren Schulen stärken wir die Inklusion und bauen den Ethikunterricht weiter aus. Insgesamt schaffen wir 1000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Das Modellprojekt des islamischen Religionsunterrichtes überführen wir in ein reguläres Schulangebot. Im Frauen- und Jugendschutz stärken wir die Hilfs- und Beratungsangebote, Im Gesundheitsbereich die flächendeckende Versorgung unter anderem mit zusätzlichen Humanmedizin-Studienplätzen

Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist rechtens

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten verfassungsgemäß ist (<https://www.bverwg.de/pm/2019/67>). Bei der Kennzeichnungspflicht handelt es sich um die Vorschrift, dass uniformierte Polizistinnen und Polizisten bei Amtshandlungen an ihrer Dienstkleidung ein Namensschild tragen müssen, oder eine numerische Kennzeichnung bei Einsätzen in Hundertschaften. Beides dient zur Identitätsfeststellung. Insgesamt haben mittlerweile acht Bundesländer eine Kennzeichnungspflicht eingeführt, darunter Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg.

Ich begrüße das, denn wir Grüne fordern eine Kennzeichnungspflicht, insbesondere bei Großeinsätzen, schon lange, konnten sie aber in den bisherigen Koalitionen auf Landesebene leider nicht durchsetzen. Mit einer Kennzeichnung wird die Polizei nicht unter Generalverdacht gestellt. In dem entsprechenden einstimmigen Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) heißt es, dass es praktisch zu Straffreiheit führe, wenn man Polizistinnen und Polizisten nicht identifizieren könne. Mit der Kennzeichnungspflicht können wir der Rechtsprechung des EGMR Rechnung tragen. Denn

durch die Kennzeichnung von Polizeibediensteten wird staatliches Handeln offen und transparent. Die Vertrauensbasis zwischen Bürgerschaft und Polizistinnen und Polizisten wird gestärkt und das Leitbild einer modernen und bürgernahen Polizei gelebt. Dabei muss der Schutz unserer Polizeibediensteten selbstverständlich mitgedacht werden: Die Anonymisierung durch Codes gewährleistet den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Polizei. Die Kennzeichnung schützt sie zudem vor falschen Anschuldigungen. Gleichzeitig hilft sie Bürgerinnen und Bürgern bei Übergriffen.

Landesregierung will Bauern im Kampf gegen Wetterextreme helfen

Landwirte sollen sich in Zukunft gegen Wetterschäden wie Sturm, Frost und Starkregen versichern. Als Land werden wir sie dabei mit Zuschüssen für Versicherungen unterstützen.

Dabei will das Land diese Initiative in den Jahren 2020 bis 2022 mit fünf Millionen Euro jährlich unterstützen, um 50 Prozent der Versicherungskosten zu übernehmen. Durch den Klimawandel nehmen Witterungsextreme zu. Somit steigen die Risiken für die Landwirte, aber letztlich auch für uns Verbraucher.

Projekt für Obst- und Weinbauern

Beteiligen können sich an dem Projekt Wein- und Obstbauern. Das Land will dann die Hälfte der Prämienkosten der Versicherung übernehmen. Ein Modell, das es bereits in 16 Ländern Europas gibt. Ausgangspunkt dieses Projekts war die schlechte Ernte im Jahr 2017 wegen des Spätfrosts. Damals schüttete das Land 50 Millionen Euro zur Soforthilfe aus. Vor allem für Obst- und Weinbauern besteht bei Spätfrost ein hohes Risiko.

S 21 – immer teurer

Diese Woche habe ich den jüngsten Zwischenstand zum umstrittenen Bahnprojekt „Stuttgart 21“ (S 21) zur Kenntnis genommen. Immer später, immer teurer lautet das vernichtende Urteil. Der Bundesrechnungshof tadelte die Entwicklung des Projekts und das fehlende Engagement von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Es ist einfach unverständlich, dass sich Scheuer nicht stärker um das Projekt kümmert. Die geplanten Kosten von S 21 lagen ursprünglich bei rund 3,1 Milliarden Euro. Zuletzt wurde auf 8,2 Milliarden aufgestockt. Der Bundesrechnungshof warnt davor, dass S 21 noch teurer und noch später fertig werden wird.

Ausstieg verpasst

Mit der Volksabstimmung am 27. November 2011 über das sogenannte S 21 -Kündigungsgesetz stellte die damalige grün-rote Landesregierung die finanzielle Beteiligung des Landes Baden-Württemberg am Projekt Stuttgart 21 zur Abstimmung. Nur 41,1 Prozent votierten für einen Ausstieg. Eine verpasste Chance. Auch das zuvor im September 2011 in den Landtag eingebrachte S 21-Kündigungsgesetz fand im baden-württembergischen Parlament keine Mehrheit. Wir Grünen haben für das Kündigungsgesetz gestimmt. Eine weitere verpasste Chance, ein falsches Infrastrukturprojekt zu verhindern.

Aus dem Wahlkreis Weinheim

35 Jahre Grüne Hemsbach, 25 Jahre Grün- Bunte Liste

Es war ein uriges Fest am 2.10. in Hemsbachs Kulturtempel "Max". GRÜNE und Grün-Bunte hatten zum Doppeljubiläum (35/25 Jahre) eingeladen. Klar, dass unsere „Hemsbacher Feisterbiester“, jedes sich bietende Jubiläum für ein rauschendes Fest nutzen. Es war aber auch eine eindrucksvolle Dokumentation des grünen Wirkens in der größten der drei Bachgemeinden, die von den Stadträt*innen Dietlind Lembke-Blümmel und Thomas Embach, sowie unserem „Urgestein“ Ulrike Morr vorgetragen wurden. Insbesondere Ulrike Morr stand im Mittelpunkt, war sie doch 1984 die erste grüne Stadträtin in Hemsbach. Und 35 Jahre später ist sie immer noch aktiv dabei! Sehr beeindruckend auch die Gitarren-Musik unseres Laudenbacher Freundes und international bekannten Musikers Claus Boesser-Ferrari! Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst. Es war für Franziska Brantner und mich eine Ehre, Grußworte sprechen zu dürfen.

Besuch bei einem nachhaltigen Medienhaus in Weinheim

Der Geruch nach Chemie und Alkohol in der Druckerei – das war gestern. Heute stehen in einer Druckerei, in einem Medienhaus mit vielen Abteilungen, Umweltmanagement, mit klimaneutralem Druck, 100% Ökostrom und ebenso auf Wasser basierenden 100%igen Ökofarben im Mittelpunkt. Als Kunde hast Du ein Produkt in Händen, dessen Rohstoffe und Herstellungsverfahren die höchsten Umweltzertifikate haben. Dieses Medienhaus, die Fa. Abt – Medien, findet man in Weinheim in der Bruchsaler Straße ganz im Westen, nahe der Autobahn. Die Firma ist seit vielen Jahren in Weinheim ansässig und hat spätestens seit 2004 den Kurs auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Über den hohen Öko-Standard konnte ich mich mit dem Umwelt-Staatssekretär Dr. André Baumann am 26. September bei einem Besuch überzeugen. Nicht umsonst heimst die Firma Preis auf Preis auf dem Nachhaltigkeitssektor ein und ist dennoch ein bodenständiger Familienbetrieb. Wir waren jedenfalls schwer beeindruckt! Die Weinheimer Grünen und der Kreisverband hatten jedenfalls den richtigen „Riecher“, als sie den größten Teil ihrer Kommunalwahl- bzw. Europawahl-Materialien im Medienhaus produzieren ließen. Mehr Infos hier:

<https://abt-medien.de/aktuelles#staatssekretaer>

Schriesheimer Ortsteil Altenbach – Da

Altenbach liegt am Rand unserer Metropolregion und hat doch die Probleme des ländlichen Raums: Die Infrastruktur und Grundversorgung des Ortsteils bricht nach und nach weg. Der letzte Lebensmittelladen – zu. Die letzte Gaststätte – dicht. Offene

steckt viel Potenzial drin!

Jugendarbeit – war einmal. Es gibt eine, auch mit Landesmitteln unterstützte gelungene Sanierung des Ortsmittelpunkts um die Kirche und das Gemeindezentrum. Es fehlt das Leben. Das gilt auch für weitere Bereiche der Ortsmitte. Diese typische Problematik war mir Ende September einige Stunden wert, um vor Ort mit Bürger*innen und im Ehrenamt Aktiven zu sprechen. Ich habe gelernt: Da steckt viel Potenzial, da gibt es bürgerschaftliches Engagement und Ideen, wahre Schätze, die endlich gehoben werden müssen. Wenige Tage fand im Ortsteil ein Workshop zu eben dieser Problematik statt. Ich hoffe, dass jetzt eine Dynamik entsteht, die Altenbach wieder zu einer echten „Perle“ des Odenwalds macht!

Wiedersehen mit einem alten Bekannten – Verband Region Rhein-Neckar

Am 27. September 2019 war es so weit. Nach den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz setzte der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN), auch Metropolverband genannt, mit vielen neuen Mitgliedern seine Arbeit fort. Die erste Verbandsversammlung, bei der Wahlen im Mittelpunkt standen, fand in Frankenthal statt. Dem Verband gehören an: 15 Landkreise und kreisfreie Städte (wie Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen) aus BW, RLP und Hessen. Die Verbandsversammlung hat 96 Mitglieder. Ich war grünes Mitglied im Vorläuferverband (Regionalverband Rhein-Neckar) bis 2011 gewesen. Ich habe die Ehre, von meiner Heimatstadt Weinheim zusammen mit OB Manuel Just in den Verband entsandt worden zu sein. Die neue grüne Fraktion hat 17 Mitglieder, so stark waren wir Grüne im Verband noch nie.

Von der Bergstraße ist auf grüner Seite neben mir noch Günther Heinisch, unser Schatzmeister im Kreisverband, zugleich Gemeinde- und Kreisrat aus Heddesheim, dabei. Fraktionsvorsitzender ist Wilfried Weisbrod (Walldorf), stellvertretende Verbandsvorsitzende ist Simone Heitz (Aglasterhausen). Leider ist die grüne Frauenquote sehr schlecht. Das liegt insbesondere daran, dass die Großstädte, die richtig viele Sitze belegen, fast nur Männer in die Verbandsversammlung entsandt haben. Der Verband wird in den nächsten Jahren wichtige Planungen vorantreiben und Entscheidungen treffen, u.a. zur Mobilität und z.B. zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Hiervon können wir durchaus und nach wie vor betroffen sein. Da sind wir jetzt näher dran!